



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Herr von der Heydt am Ruder.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Herr von der Heydt am Ruder.

Die wirklichen Machtmittel der Staatsgewalt in Preußen, so weit sie nicht in der Kirche und dem Zeughaufe liegen, sind gegenwärtig in der Hand des Herrn v. d. Heydt vereinigt. Er gebietet über drei Ministerien. Die Finanzen hat er selbst übernommen, und hat ihnen als köstliche Morgengabe aus dem Handelsministerium die Preußische Bank zugebracht. Mit der Bank und der Seehandlung lassen sich große Dinge ausführen. Indem Herr v. d. Heydt die Finanzen in die Hand nahm, hat er den Handel — nebst Posten, Eisenbahnen, Telegraphen und Bergwerken — nicht aus der Hand gelassen. Für dieses Portefeuille wird ein Träger gesucht, der seinem Meister folgt, und bis derselbe gefunden sein wird, arbeiten die Räte unter der gewohnten Leitung. Dem Ministerium des Innern steht Herr v. Jagow vor und gibt Herrn v. d. Heydt die Zuversicht, daß seine Pläne und Anordnungen nicht auf Hindernisse von Seiten der inneren Verwaltung stoßen werden. So hat denn Preußen die nächsten Aeußerungen seines Staatslebens von den Entschließungen des mächtigen Mannes zu erwarten, der nicht allein den großen Apparat an Organen und Mitteln zu Beförderung des Wohlstandes und unzähliger Interessen beherrscht, sondern auch seine Collegen an Ideen, Thatkraft und Entschlossenheit übertrifft. Und man kann nicht behaupten, daß eine besondere Neigung der Krone für Talente in Geld- und Handelsgeschäften den bewährten Handelsminister mit so viel Macht ausgestattet, noch daß der alte und befestigte Grundbesitz dem Kaufmann aus Elberfeld als ebenbürtigem Führer mit Hingebung sich unterordne, noch weniger, daß die Mehrheit der Volksvertretung den Collegen des Herrn v. Mantuffel auf dem Schilde emporgehoben habe. Nein, Herr v. d. Heydt steht am Steuer des Preussischen Staates, weil man ihm zutraut, vielleicht auch weil er verheißen hat, zu gleicher Zeit die Krone, die Herren und die Gemeinen zufrieden zu stellen und den ausgebrochenen Conflict in allgemeines Wohlgefallen aufzulösen.

Man könnte fragen, warum der Handelsminister seine Gedanken über eine richtige Leitung der Staatsgeschäfte nicht schon längst seinen früheren Collegen mitgetheilt, und den Versuch gemacht habe, sie für die Durchführung zu gewinnen. Vorab der Wunsch, die Früchte seiner Ideen allein zu genießen, dann auch Zweifel an dem Gelingen des Versuchs, mindestens das Vorgefühl schwerer Kämpfe gegen allerhand Scrupel und Bedenken von Seiten der Herren v. Patow und Schwerin, mögen ihn zu dem Entschlusse geführt haben, sich zuerst die unbequemen Collegen vom Halse zu schaffen. Unbequem waren sie in mehr als einer Beziehung.

Ihr bloßes Dasein verstimmte das Herrenhaus. Einem von liberalen Elementen gereinigten Ministerium war eine freundlichere Begegnung und mehr Geneigtheit zu Transactionen in Aussicht gestellt. Schon geraume Zeit vor den Wahlen des 6. December vernahm man in den Kreisen der hohen Civil- und Militärbureaucratie Aeußerungen der Zuversicht, daß Alles gut gehen werde, wenn nur die „liberalen Schwäger“ beseitigt seien. Nicht das Haus der Abgeordneten hat mit seiner Mehrheit für den Hagen'schen Antrag den Ministerwechsel bewirkt. Dieser war längst schon beschlossen. Herr v. d. Heydt ist es, welcher den stillen Wunsch einer vornehmen Gesellschaft verwirklichte, und wenn er dabei gegen seine jüngeren Collegen nicht durch zu große Offenheit glänzte, vielmehr ihre Arglosigkeit noch zu dem letzten Dienste der Auflösung des Hauses der Abgeordneten ausnuzte, so werden seine ältern Collegen von 1848 bis 1858 darüber sich nicht gewundert haben.

Der 18. März sah Herrn v. d. Heydt als Sieger, thatsächlich, wenn auch nicht dem Namen nach, an der Spitze eines neuen Ministeriums. Er hat die Arme frei, und kann nun zeigen, was er vermag. Während der letzten drei Jahre war sein Verbleiben in dem Ministerium das sichtbare Zeichen, daß mit der Vergangenheit nicht gebrochen werden solle. Jetzt gilt es, zu beweisen, daß Preußens Wehrkraft verstärkt, die Steuerlast erleichtert, mancher begründeten Beschwerde abgeholfen, der Wohlstand gehoben, kurz daß jeder billigen Anforderung genügt werden kann, mit dem Herrenhause, ohne liberale Minister, mit oder ohne liberale Mehrheit im Hause der Gemeinen.

So ungefähr wird Herr v. d. Heydt sich die Aufgabe vorstellen, welche er mit der Zuversicht, die seine bisherige Laufbahn ihm wohl gewähren kann, zu lösen unternommen hat. Mögen andere Minister ihr Alles auf die Eine Karte der neuen Wahlen setzen, und wenn das nächste Ergebnis nicht entspricht, zu einer zweiten Auflösung entschlossen sein, — Herr v. d. Heydt hat noch andere Waffen in Bereitschaft. Nicht als ob er es verschmähte, seine Untergebenen daran zu erinnern, daß sie nach Vorschrift ihre Stimme abzugeben haben. Im Gegentheile, sein Wahlcircular ist das bündigste von Allen. Wie Aeolus seinen pausbackigen Bläsern, so donnert Herr v. d. Heydt seinen munteren Postillionen und Schaffnern sein quos ego zu. Sie wissen, was dies bedeutet, und es genügt vollkommen. Wenn Herr v. d. Heydt seinen Untergebenen sagt, ich dulde nicht, daß ihr euch an regierungsfeindlichen Wahl-Agitationen theiligt, so ist es rein überflüssig, von der Frage, ob königliches oder parlamentarisches Regiment, von dem Kampfe zwischen Königthum und Demokratie und von dergleichen schwer verständlichen Verhältnissen zu reden. Für die Wahlen also hat Herr v. d. Heydt das Seinige gethan, aber, wie gesagt, nur für servile, nicht für feudale. Dies ist jedoch das Wenigste, was er zu thun gedenkt. — Für diese Ansicht sprechen: die angeordnete Ermäßigung des Zinsfußes der beiden

Staatsanleihen von 1850 und 1852 von $4\frac{1}{2}$ auf 4%; ein Aufsatz in dem Organ des Handelsministeriums, dem „Preussischen Handelsarchive“ und der, ohne vorgängige Genehmigung des Ministeriums veröffentlichte Brief des Herrn v. d. Heydt an den Kriegsminister, Herr v. Moen, vom 21 März.

Die Convertirung der beiden Anleihen war durch Herrn v. Patow vorbereitet. Sie war angezeigt durch das Sinken des allgemeinen Zinsfußes, welches den Preis der Schuldverschreibungen seit geraumer Zeit über ihren Nennwerth gehoben hatte. Keine Verpflichtung gegen die Inhaber stand der Ausführung entgegen. Die Art der Ausführung gehört dagegen Herrn v. d. Heydt. Sein Vorgänger hatte, wie wir vernehmen, mit einer größern Anzahl Berliner Bankhäuser einleitende Besprechungen gepflogen. Sie würden bei ihrer ausgebreiteten Kundschaft die Operation befürwortet und in ihrem eigenen Interesse dafür gesorgt haben, daß möglichst viele Inhaber sich die Minderung ihres Einkommens gefallen ließen, möglichst wenige sich zur Annahme der Kündigung entschlossen. Nicht so Herr v. d. Heydt. Ihm lag es näher, die Operation mit den kolossalen Mitteln der Bank und der Seehandlung durchzuführen. Kein Zweifel, daß diese Mittel ausreichen. Aber die Stimmung wendete sich gegen die Maßregel. Den unschlüssigen Inhabern wird begreiflich gemacht, daß sie sich besser dabei stehen, wenn sie die Papiere verkaufen oder die Kündigung annehmen und den Erlös zum Ankauf gut fundirter und rentirender Actien oder Obligationen verwenden. Dasselbe beschließen die Magistrate von Berlin und anderen Städten in Beziehung auf die in städtischem Besitze befindlichen Papiere. Voraussichtlich wird sonach der weitaus größte Theil der an die Stelle der $4\frac{1}{2}$ procentigen tretenden 4 procentigen Papiere in die Schränke der Bank und der Seehandlung wandern und nur mit Opfern für die Institute, mittelbar für den Staat, veräußert werden können. — Ist dieses Verfahren des Ministers von der finanziellen Seite nicht zu loben, so verdient es von der constitutionellen Seite entschieden Tadel. Angenommen, es sei die Mitwirkung der Stände zu der Maßregel nicht nothwendig, so ist doch die Frage zweifelhaft, und selbst wenn kein Zweifel bestünde, so war die Vorlage an die Landesvertretung durch den Geist der Verfassung und durch die Rücksicht für den Erfolg geboten. Jetzt, wo das Mißlingen der Operation in so fern, als nicht die bisherigen Inhaber, sondern die Bank und die Seehandlung die neuen 4 procentigen Papiere übernehmen werden, wahrscheinlich ist, und wo die nachträglichen Verhandlungen mit Bankhäusern fruchtlos geblieben sind, mag Herr v. d. Heydt einsehen, daß er in dem Gefühle des Sieges, in dem Drange, sich zu zeigen und in dem Zuge, eigenmächtig vorzugehen, sich übereilt hat. Es ist dieses erste Probestück ministerieller Machtfülle kein gutes Vorzeichen für ihre weitere Entfaltung und ihr endliches Ziel.

Der Artikel in der neuesten Nummer des Preussischen Handels-Archivs er-

wähnt, daß in dem aufgelösten Hause der Abgeordneten nur 21 Mitglieder dem Handels- und Gewerbebestande angehört haben und macht auf die wichtigen Vorlagen an den nächsten Landtag aufmerksam, welche die Interessen der Production, des Handels und der Schifffahrt tief und angenehm berühren, und eine stärkere Vertretung dieser Interessen in dem neuen Hause wünschenswerth machen. Da ist der preussisch-französische Handelsvertrag, welcher der vereinsländischen Industrie einen bisher verschlossenen Markt von 36 Millionen Menschen eröffnet, eine systematische Revision des Vereinstarifs erfordert, den Schiffen des Vereins lohnende Frachten nach und von französischen Häfen in Aussicht stellt, den Waarenaustausch durch eine leichtere Zollabfertigung an den Grenzstationen der Eisenbahnen befördert, das Eigenthum an den Erzeugnissen der Literatur und Kunst sichert und den Tausch derselben von Zöllen befreit. — Da sind ferner die reichen Früchte der ostasiatischen Expedition, die Verträge mit Japan, China und Siam, welche dem Absatze heimischer und dem Bezuge dortiger Producte einen bedeutenden Aufschwung versprechen, und der deutschen Handelsflotte in der langen directen Fahrt wie in der bereits vorhandenen Betheiligung an der Küstenfahrt eine gewinnbringende Beschäftigung sichern. Da sind endlich die Verträge mit Chili und der Türkei, welcher letztere die Zölle bei der Ausfuhr in Schiffen des Zollvereins auf die nämlichen Sätze ermäßigt, welche Frankreich und England zugestanden worden sind. Abgesehen von den Verträgen erfordert die Ausführung der in dem Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuche ausgesprochenen Grundsätze noch eine Reihe von Specialgesetzen, insbesondere eine Seemannsordnung. Noch nie ist einer frühern Legislatur ein so reiches Feld der Thätigkeit in handelspolitischer Beziehung eröffnet worden, es handelt sich um tief eingreifende Reformen auf allen Gebieten des Verkehrslebens, um die Lösung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Fragen der Gegenwart!

Es sind allerdings große und wichtige Erfolge der Thätigkeit des durch Hr. v. d. Heydt gesprengten Ministeriums, welche das aufgelöste Haus dankbar entgegen genommen haben würde, die aber einem neu zu wählenden Hause vorbehalten wurden, in welches der Handelsstand möglichst viele Freunde des Hr. v. d. Heydt zu senden, im Interesse der Erweiterung seiner Geschäfte aufgefördert wird.

Aber, um seine Stellung an der Spitze der Staatsverwaltung mit Hilfe einer ergebenen Mehrheit zu befestigen, begnügt sich Herr von der Heydt nicht damit, seine Untergebenen einzuschüchtern und die Kaufleute zu locken mittelst der Vorlagen, die er gemeinschaftlich mit seinen früheren Collegen zur Reife gebracht. Er geht weiter, er unternimmt nun auch die Verbesserungen im Staatshaushalte durchzuführen, welche er der aus dem Ministerium verdrängten und mit der Kammer aufgelösten liberalen Majorität versagt hatte — Ermäßigung des Militäraufwandes, Wegfall der Kriegsteuer in Friedenszeit, bessere

Pflege der vernachlässigten öffentlichen Interessen, endlich, Vorlagen des Staatshaushalts-Stats in einer Specialisirung, wie das Haus der Abgeordneten sie begehrt hatte. Daß an der Specialisirung im Finanzministerium eifrig gearbeitet wird, haben Berliner-Blätter berichtet, und es ist nicht widersprochen worden. Daß aber Hr. v. d. Heydt die Wähler mit der Ankündigung von Ersparnissen zu überraschen gedachte, dies ist aus seinem Briefe an den Kriegsminister vom 21. März — wenige Tage nach der Ernennung des neuen Ministeriums — bekannt geworden. Dieser Brief ist durch die Vossische Zeitung, welcher Niemand eine so böshafte Handlung zugetraut hätte, veröffentlicht, und seine Echtheit ist durch die, zur Ermittlung des strafbaren Einsenders eingeleitete strenge Untersuchung bestätigt worden.

Dem Kriegsminister, Hr. v. Moos, ist sehr viel daran gelegen, eine Majorität für seine Anforderungen an die Staatskasse zu erlangen. Wenn man überhaupt mit Abgeordneten verhandeln muß, so ist diese für den Kriegsminister besonders traurige Nothwendigkeit durch energisches Einwirken für „gute“ Wahlen möglichst erträglich zu machen. Es scheint, daß Hr. v. Moos die Wahlcirculars und die von den Landräthen entwickelte Thätigkeit noch viel zu wünschen übrig ließen, und daß ihm jedes nach seiner Auffassung zulässige Mittel zur Verstärkung jener Thätigkeit angenehm erscheine. Von dieser Seite nähert sich Hr. v. d. Heydt seinem Collegen mit der Darlegung des Sages: daß kein Mittel helfen werde, wenn nicht der Militäraufwand um 2½ Millionen Thaler ermäßigt und der Steuerzuschlag von 25 Procent aufgehoben werde. Mit der Sachkenntniß eines Grabowiten, und mit dem scharfen Tone eines Fortschrittsmannes sucht Hr. v. d. Heydt seinen Collegen zu überzeugen und er schlägt die Saite des engsten Vertrauens an, indem er ihn daran erinnert: „daß in allen übrigen Verwaltungszweigen schon seit Jahren die größtmögliche Beschränkung der Ausgaben stattgefunden hat, um nur einige Mittel zur Verminderung des durch die Mehrbedürfnisse der Militärverwaltung entstandenen Deficits im Staatshaushalte zu gewinnen, und wenigstens den Schein zu retten, daß die Regierung bestrebt sei die desfalls wiederholt gemachten Zusagen zu erfüllen. Die Folge davon ist gewesen, daß die wegen Mangel an Deckungsmitteln zurückgestellten Bedürfnisse von Jahr zu Jahr stiegen, und je länger je mehr fühlbar geworden sind, so daß es ohne Nachtheil für die Wohlfahrt des Landes nicht länger thunlich sein wird, dieselben noch weiterhin unberücksichtigt zu lassen, und die vielfachen Anträge, welche bei Gelegenheit der Budgetberathung im Landtage auf Erhöhung der Ausgabefonds gestellt werden, durch Hinweisung auf den Mangel an Deckungsmitteln zu beseitigen.“ Zum Schlusse wird dann für den so eindringlich begründeten Vorschlag, die Anforderungen für das Heer um 2½ Millionen Thaler zu ermäßigen, nochmals der „Ausfall der bevorstehenden Wahlen“ angeführt, und dem Kriegsminister überlassen, die Ge-

nehmung S. M. des Königs entweder allein oder in Gemeinschaft mit dem Finanzminister einzuholen.

So sehen wir Herrn v. d. Heydt an der Arbeit seine Machtfülle zu gebrauchen, um ohne die „liberalen Schwäger“ das zu thun, was sie gewollt, aber nicht gekonnt hatten, und wir sehen ihn zu diesem Zwecke im Begriffe, der feudalen und Militär-Aristokratie die Spitze zu bieten. Sie hatte ihm geholfen, die liberalen Minister und die Kammern los zu werden, um seinem Genius freien Spielraum zu verschaffen, und jetzt benützt er die als Bedürfnisse des Landes erkannten Begehren der Liberalen, um sich die neuen Kollegen, so weit sie es nicht schon sind, dienstbar zu machen, und als der Staatsmann, welcher allein es versteht, die Krone mit dem Volke auszuföhnen und allen Anforderungen gerecht zu werden, schließlich zur alleinigen Geltung zu kommen. Schon sein Auftreten bei den Wahlen unterscheidet sich wesentlich von der Parole des Herrn v. Jagow. Er herrscht in gewohntem Tone seinen Untergebenen zu, daß er keine feindseligen Wahlagitationen dulden werde, aber er spricht nicht von Feinden des Königs, nicht von der Frage, ob königliches oder parlamentarisches Regiment; er will Kaufleute in die Kammer haben, keine Junker. Er bringt die von Herrn v. Patow vorbereitete Convertirung der Anleihen von 1850 und 1852 sofort zur Ausführung; allerdings in der Hitze des Gefechts mit der gewohnten Mißachtung des Geistes der constitutionellen Verfassung, nicht mit der gewohnten Umsicht und Geschicklichkeit. Er läßt die Stats specialisiren, wie es das Haus der Abgeordneten sowohl durch den Antrag des Herrn Kühne wie durch den Antrag des Herrn Hagen verlangt hatte. Er setzt dem Kriegsminister ganz vertraulich die Pistole auf die Brust, um ihn zu zwingen, an dem Militäraufwand so viel nachzulassen als nöthig ist, um die Kriegssteuer im Frieden zu entbehren, wie es die große liberale Mehrheit der Kammer verlangt hatte. Er schlägt nach links und nach rechts, um das Geschäft des Staates als alleiniger Principal zu dirigiren. Wird es ihm gelingen? Wenn die Feudalpartei sich Herrn v. d. Heydt hat gefallen lassen, damit er ihr die Liberalen vom Halse schaffe und dann ihnen nachgesendet werde, so läßt das Auftreten des Herrn v. d. Heydt dieser Intrigue nicht größere Chance als dem anderen Falle, daß die Schneide der Intrigue sich gegen ihre Urheber wende. Während wir diese Zeilen schreiben, kommt uns die Nummer der halbamtlichen Sternzeitung vom 7. April zu Gesicht. Sie hat die für die Wahlen ausgegebene Parole des Herrn v. Jagow: königliches oder parlamentarisches Regiment — fallen lassen müssen und kündigte als Vorlagen an die nächste Landesvertretung eben die Gegenstände an, welche Herr v. d. Heydt aus der Erbschaft der abgetretenen Minister und der Commissionen des Hauses der Abgeordneten übernommen hat. Die Frage wegen Minderung des Militäraufwands wird von einer Commission von Generalen geprüft, und wir wollen

hoffen, daß sie sich nicht sowohl über das Ob als über das Wie zu äußern haben werde.

Der Etat für 1862 soll in größerer Specialisirung vorgelegt werden und gleichzeitig der Etat für 1863, damit endlich einmal das Budget erledigt werden kann, bevor das Jahr, für welches es gilt, mehr als zur Hälfte abgelaufen ist. Man ist mit Erwägung von Ersparungen beschäftigt, um den Zuschlag von 25 Procent zur Einkommensteuer u. s. w. vom 1. Juli wegfällen zu lassen. Es folgt dann die Aufzählung der Vorlagen, die wir oben nach der Mittheilung des preussischen Handels-Archivs angeführt haben. Weiter ist die Rede von Aufhebung der Getreidezölle, und Ermäßigung der Eingangsteuern von Reis, Schlachtvieh und Fleisch, um den Preis der nothwendigsten Lebensmittel zu erleichtern; desgleichen von stufenweiser Ermäßigung der Bergwerkssteuer. Auf Arbeit durch Eisenbahnbauten, auf Ermäßigung des Briefporto für den innern Verkehr, so daß nur zwei Sätze von 1 und 2 Sgr. bestehen bleiben, wird Aussicht eröffnet.

Wie soll sich, im Hinblick auf diese angenehmen Aussichten, der Urwähler bei den bevorstehenden Wahlen verhalten? Unseres Erachtens sollte sein Bestreben nach wie vor, ja mehr als zuvor, darauf gerichtet sein, eine möglichst starke Majorität von liberalen, sachkundigen und besonnenen Männern in das Haus der Abgeordneten zu entsenden. Denn der Urwähler weiß jetzt, was ihm entgeht, wenn neben dem Herrenhause noch eine Mehrheit von eben so gesinnten Abgeordneten gewählt würde. Herr v. d. Heydt würde dann bald entweder seine Pläne dort wieder hinzulegen haben, von wo er sie hergenommen hat, oder den Weg gehen, den ihm die alsdann herrschende Partei zeigen würde. Die militärische Commission würde nach reiflicher Erwägung wahrscheinlich zu der Ueberzeugung gelangen, daß die neue Militärorganisation durchaus keine Ermäßigung des veranschlagten Aufwandes zulasse, und die durch mögliche Ersparungen bedingten weiteren Erleichterungen würden von selbst hinwegfallen. Es wäre eben so schlimm, wenn die Wahlen der Ausdruck eines misleiteten royalistischen Gefühls, als wenn sie das Resultat einer großartig angelegten Volks-Corruption sein würden. Soll aber eine liberale Mehrheit mit den Vorlagen des Herrn v. d. Heydt auch die Stellung des Ministers unterstützen? Wir überlassen ihr die Antwort, wenn sie am Platze sein wird. Herrn v. d. Heydt mag an der Personenfrage Alles — dem Lande wird daran etwas weniger gelegen sein.